

II-10645 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 5188 N

1993 -07- 13

A n f r a g e

der Abg. Freund
und Kollegen
an den Bundesminister für Finanzen

Die Nutzung der Sonnenenergie spielt in der gesamten Energieversorgung eine relativ untergeordnete Rolle. Eine zunehmende Bedeutung rührt von der hohen Umweltfreundlichkeit dieser Form der Energienutzung her. Solaranlagen produzieren keine Abgase und Geräusche, benötigen kaum eine Wartung, die erforderlichen Rohstoffe zur Herstellung der Anlagen sind ausreichend verfügbar. Die Solartechnik steht für Dezentralität von ökologisch ausgerichteten Energiesystemen.

In den letzten Jahren konnte die Zahl der Solaranlagen für die Warmwasserbereitung insbesondere durch die Initiative zahlreicher privat organisierter Baugruppen ausgebaut werden. Länder und Gemeinden unterstützen diese Form der Energienutzung. Auch die Bundesregierung bekennt sich laut Energiebericht 1993 zur Nutzung der Sonnenenergie durch Sonnenkollektoren oder mittels Solarzellen (Photovoltaik), ebenso wird die Nutzung der Umweltenergie durch Wärmepumpen empfohlen.

Solaranlagen stellen eine energie- und umweltpolitisch ideale Ergänzung zur herkömmlichen Energieversorgung dar. Der niedrige Preis der konkurrierenden fossilen Energieträger wirkt jedoch einem stärkeren Durchsetzungsvermögen der Solartechnik auf dem Markt entgegen. Um die energiepolitischen Zielsetzungen zu erreichen, bestehen berechtigte Forderungen, durch Maßnahmen der öffentlichen Hand die Konkurrenzfähigkeit zu steigern.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Finanzen folgende

A n f r a g e :

- 1) Erachten sie die Höhen und Modalitäten der Förderungen von Solaranlagen für die Warmwassergewinnung und die Stromgewinnung beziehungsweise von Wärmepumpen für ausreichend und angemessen?
- 2) Sind sie bereit, durch eine Mehrwertsteuerbefreiung oder -rückvergütung die Errichtung von Anlagen der Wärmepumpen- und Solartechnik konkurrenzfähiger zu machen?
- 3) Wenn nein, könnten Sie sich eine Senkung (Halbierung) der Steuersätze vorstellen?
- 4) Welche ergänzenden oder alternativen Maßnahmen im Förderungs- oder Steuerbereich sollen Ihrer Meinung nach zu einer stärkeren Ausweitung der genannten Energienutzungssysteme beitragen?